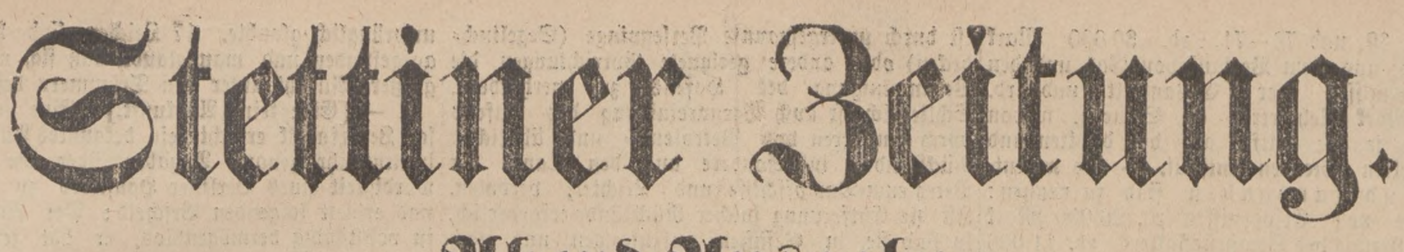
Nr. 554. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.



Abend-Ausgabe.

Freitag, 26. November 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Vierte ordentliche Generalsynode.

Sitzung vom 25. November.

Präsident Graf von Zieten-Schwerin eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr.

Als erster Gegenstand der Tagesordnung stand der gestern von dem Synodalen Conze eingebrachte Antrag zur Verhandlung, daß die gestrige Erklärung gegen die Canisius-Encyklika von allen Kanzeln der Landeskirche verlesen werden soll und der Evang. Oberkirchenrath ersucht werde, in dieser Beziehung Anordnung zu treffen. Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Demnächst stand die Denkschrift des Evangelischen Ober-Kirchenrathes, betreffend die äußere Mission, zur Verhandlung, für welche Synodale D. Warneck als Referent bestellt war. Nach einem allgemeinen orientirenden Ueberblick über die deutschen evangelischen Missionen überhaupt behandelt die Denkschrift das Missionsleben innerhalb des durch die preußische Generalsynode repräsentirten Gebietes. Nur zwei von den neun älteren Provinzen Preußens haben Sitze von Missionsgesellschaften, Brandenburg und die Rheinprovinz. In Berlin allein bestehen sieben Missionsgesellschaften: Berlin I., II. und III. Der morgenländische Frauenverein, der Frauenverein für China, der Jerusalemsverein und der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein. In der Rheinprovinz sind Barmen und Neukirchen Sitze von Missionsgesellschaften. Keine dieser neun Gesellschaften bezieht aber ihre Einnahmen lediglich aus den altpreußischen Provinzen, sondern auch aus außerhalb Preußens belegenen Gebieten, während umgekehrt diese Provinzen ihre Beiträge vielfach auch an nichtpreußische Missionsgesellschaften gehen lassen. Die Gesamteinnahmen der neun genannten altpreußischen Missionsgesellschaften betragen rund 1 248 000 M. In den meisten Provinzen ist beim Vergleich zwischen den Jahren 1889 und 1895 eine Steigerung der Missionsbeiträge eingetreten, nämlich von 790 000 Mark in dem erstgenannten auf 925 300 Mark in dem letztgenannten Jahre. In vorderster Reihe stehen in Betreff ihrer Leistungen für die Mission Rheinprovinz und Westfalen. Diese beiden Provinzen haben von der oben genannten Summe allein 424 400 M. aufgebracht, so daß für die sieben östlichen Provinzen zusammen nur 497 800 M. übrig bleiben. Die Missionsgesellschaften sind wieder in Missionsvereine gegliedert, welche meist die Gestalt von Sydonalvereinen angenommen haben; innerhalb der letzteren bestehen an Orten mit regem Religionsleben wieder Parochialvereine. Immer mehr bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß die Thätigkeit für die Mission ein wesentliches Stück der ordentlichen kirchlichen Berufsarbeit ist. Sie bildet daher auf den Provinzialsynoden einen stehenden Gegenstand der Tagesordnung, während es zahlreiche Kreissynoden giebt, auf denen ihrer gar nicht oder nur gelegentlich gedacht wird. Die Gemeindekirchenräthe ziehen in allen Provinzen die Fürsorge für das Missionsleben nur ausnahmsweise in den Bereich ihrer Thätigkeit. Als ein wirksames Mittel zur Förderung des Missionslebens sind insbesondere die Missionsfeste hervorzuheben, deren manche Volksfeste im schönsten Sinne des Wortes geworden sind. In Westfalen und Pommern giebt es keine Kreissynode, die nicht ihr Missionsfest hat; in anderen Provinzen fehlt es an solchen Diözesen nicht, die gar kein Missionsfest oder doch nicht in jedem Jahre ein solches halten. Regelmäßig abgehaltene Missionsstunden scheinen nur in sehr wenigen Gemeinden zu bestehen und auch in diesen vielfach eines sehr geringen Besuches sich zu erfreuen. Im hohen Maße förderlich für die Missionsthätigkeit sind die Provinzial-Missions-Konferenzen geworden, die sich von der Provinz Sachsen aus seit 1879 über fast ganz Deutschland verbreitet haben. Zum Theil veranstalten diese Missionspredigtreisen durch ganze Superintendenturen, auf denen womöglich in sämtlichen Parochien außerordentliche Missionsgottesdienste meist mit volksthümlichen Nachfeiern gehalten werden. Die pommersche und die brandenburgische Missions-Konferenz veranstalten auch seit einer Reihe von Jahren im Berliner Missionshause Lehrkurse für die äußere Mission, die gemeiniglich eine Woche dauern, und in denen auch Mitgliedern der Missionskonferenzen anderer Provinzen Theilnahme gestattet ist. Der Besuch und der Erfolg dieser Kurse wird als ein befriedigender bezeichnet. Endlich ist noch zu bemerken, daß die brandenburgische Missionskonferenz auch Reisestipendien an die Mitglieder vertheilt, welche ihnen den Besuch deutscher und außerdeutscher Missionsanstalten ermöglichen sollen.

Syn. Pfeiffer beantragt, in einem Beschlusse den Dank dafür auszusprechen, daß die Erfolge auf den deutschen Missionsgebieten in den letzten Jahren erheblich gewachsen sind, auch die heimathlichen Leistungen für die Missionsthätigkeit zugenommen haben und alle Gemeindevertretungen und sonstigen kirchlichen Organe aufzurufen, daß sie zur Erweiterung der Kenntnisse über die Mission und reicheren Opferwilligkeit für dieselbe beitragen.

Syn. Cremer bittet in den Beschluß auch den Dank dafür aufzunehmen, daß sich mehr theologische Hülfskräfte als je zuvor in den Dienst des Missionswerkes stellen.

Da der Referent in seinem Bericht auch davon gesprochen hatte, daß die Kolonialgeschichte der neueren Zeit manche recht dunkele und schmutzige Blätter enthalte, so betonte Syn. Humbert, daß ein neueres Urtheil gezeigt habe, daß es noch Richter in Berlin gebe. Die That habe ihre Sühne gefunden.

Referent Dr. Warneck erwidert, daß er an das sittenlose Leben einzelner Individuen, die die Kolonialpolitik vertreten, gar nicht gedacht habe, daß er vielmehr nur an das System denke. Er erwähnt auch noch die „Deportationsfrage", die wie ein Schreckgespenst immer wieder auftauche und die Frage nahe lege, ob man den Eingeborenen bieten dürfe, den Abschaum der Menschheit bei sich aufzunehmen.

Der Antrag Pfeiffer wird hierauf angenommen.

Die auf der Tagesordnung stehenden Anträge der Pommerschen, Posenschen, Sächsischen, Westfälischen und Rheinischen Provinzialsynode, betr. Beseitigung des Duells und Beerdigung der im Duell Gefallenen, werden auf Antrag des zum Berichterstatter bestellten Syn. Dr. Hering einer Kommission zur Vorberathung überwiesen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Syn. Saran über die Mittheilung des Evangelischen Ober-Kirchenraths, betr. die Geltung des Charfreitags als gesetzlichen Feiertags. Auf Antrag des Berichterstatters beschließt die Generalsynode: den Evangelischen Ober-Kirchenrath zu ersuchen, sich auch fernerhin dafür zu verwenden, daß dem Charfreitag in allen Provinzen der Schutz eines gesetzlichen Feiertages gewährt werde.

Schluß der Sitzung 4¾ Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Der Fall Dreyfus

dürfte nun bald zur Entscheidung gelangen, denn Oberst Picquard ist gestern in Marseille gelandet und trifft heute früh 5 Uhr in Paris ein. In Marseille erwartete trotz der frühen Morgenstunde eine große Volksmenge die Ankunft des Dampfers „Rhone", an dessen Bord Oberst Picquard sich befand. Der Oberst war in Zivil gekleidet und schien sehr heiter; er sprach längere Zeit mit dem Platzkommandanten, bei welchem er das Frühstück einnahm, worauf er den Pariser Schnellzug bestieg. Picquard erfuhr hier von der Haussuchung in seiner Pariser Wohnung, worauf er erklärte, er habe nichts zu befürchten, da er in Paris keine Geheimnisse zurückließ. Einem Reporter der „Patrie", welcher Fragen an ihn richten wollte, antwortete er barsch: „Ich habe Ihnen nichts zu sagen. Ich kenne Sie nicht. Alles, was ich Ihnen sagen kann, ist, daß ich meiner Sache sicher bin." Eine Note der „Agence Havas" besagt: Die in der Wohnung des Oberst Picquard ausgeführte Beschlagnahme erfolgte auf Befehl des Generals Pellieux in seiner Eigenschaft als Justizpolizeibeamter und auf Grund von Machtvollkommenheiten, die sich aus dem Militärgerichtsgesetz ergeben. Der Kriegsminister hat in dieser Sache keinen Befehl ertheilt und hatte auch keinen zu ertheilen.

In den Wandelgängen der Kammer versprach Meline die vollständige Liquidirung der Dreyfus-Sache. Allem Anschein nach ergab die Haussuchung in der Wohnung Picquard's nichts Besonderes. Der Oberst wird heute früh verhört. Entgegen der Meldung des „Intransigeant" ist keine Ueberwachung Picquard's angeordnet.

Ueber die Haussuchung in dem Pariser Absteigequartier des Oberst Picquart liegen in den Blättern Mittheilungen vor. Die Haussuchung soll durch einen anonymen Brief an den Kriegsminister veranlaßt worden sein. In dem Briefe heißt es: „Lassen Sie im Dienstbotenzimmer der Wohnung Picquart eine Haussuchung veranstalten. Sie werden Dinge finden, die Sie über die Affaire Dreyfus aufklären". In diesem Hause wohnte seit einigen Jahren eine Dame, die zu dem Obersten Picquart in Beziehungen zu treten suchte. Dies gelang ihr jedoch nicht. Um sich zu rächen, richtete sie angeblich an den Hausbesitzer anonyme Briefe mit Anklagen gegen Picquart. Der „Figaro" hebt hervor, daß die Haussuchung bei Picquart ungesetzlich war, da sie in seiner Abwesenheit und ohne sein Wissen geschah. Die radikale „Lanterne" schreibt: „Die Handlungsweise der Regierung rechtfertigt jeden Verdacht; Angesichts dieses Vorgehens sind wir zur Behauptung ermächtigt, daß die Regierung, wenn sie die Hand auf Papiere gelegt hat, dies that, weil sie sie verschwinden lassen möchte. Wir haben immer geglaubt, daß die Regierung in der Esterhazy-Dreyfussache mit dem Hintergedanken arbeitet, irgend ein großes Aergerniß zu ersticken und Enthüllungen zu vermeiden, die den Sturz des Ministeriums herbeiführen oder bedeutende Persönlichkeiten bloßstellen könnten. Heute sind wir dessen sicher, und wir hegen Verdacht gegen die geheimnißvolle Untersuchung, die mit einer klaren Gesetzwidrigkeit beginnt. Statt aufklären zu helfen, bemüht die Regierung sich emsig, die Finsterniß zu vertiefen. Nach dem Panamagreuel haben wir den Dreyfusgreuel. Nach diesen wird es andere geben. Die gegenwärtige Regierungsordnung wird im Schmutze ersticken." Im „Figaro" veröffentlicht Emile Zola einen Leitartikel, in dem er mit aller Entschiedenheit für Scheurer-Kestner eintritt.

Der Senator Scheurer-Kestner läßt durch den „Temps" ausdrücklich in Abrede stellen, daß er je mit dem Präsidenten der Republik über die Affaire Dreyfus gesprochen habe. Der „Jour", der zu den Blättern gehört, welche am entschiedensten gegen Scheurer-Kestner Partei nahmen erzählt heute, wie Oberst Picquart dazu kam, seinen Verdacht auf Esterhazy zu werfen. Er fand zufällig Briefe dieses Offiziers und war überrascht, daß die Schrift dem des bekannten Verzeichnisses auffallend glich. Er forschte weiter und gelangte zur Ueberzeugung, daß Dreyfus unschuldig sei. Er sagte dies seinem Vorgesetzten, dem General Gouse, der sich nicht überreden ließ, und da Picquart auf seiner Meinung bestand, diesen nach Tunis versetzen ließ.

Das Räthsel, wie die Familie Dreyfus auf den Namen Esterhazy gekommen ist, will ein Londoner Privattelegramm der „Berl. Neuest. Nachr." dahin aufzuklären in der Lage sein: Frau Dreyfus und ihr Schwager Matthieu hatten die große Londoner Solizitorfirma beauftragt, Alles zu thun, um den Schuldigen zu entdecken. Die Anwälte quartierten in dem Hause, wohin der pensionirte ehemalige Portier der deutschen Botschaft sich zurückgezogen hatte, eine Amerikanerin ein, die mit diesem bekannt werden und ihn aushorchen sollte. Im Laufe der mit dem Portier geführten Unterhaltungen erfuhr die Dame, daß bald nach der Verurtheilung von Dreyfus die Offiziere der Botschaft sehr heftig und erregt von „Gemeinheit" und „Schändlichkeiten" gesprochen und gesagt hätten, dies müßte sofort dem Kaiser hinterbracht werden. Dabei fiel auch wiederholt der Name Esterhazy. Die Beauftragte der Solizitors berichtete diesen Vorgang, man forschte auf der gegebenen Spur und ermittelte schließlich, daß Esterhazy, der bekanntlich über und über verschuldet ist, die Verantwortung für Dreyfus' Verurtheilung trifft. Er hat die Facsimile gemacht und sie selbst der französischen Regierung als Beweismaterial gegen Dreyfus verkauft, auch seinen Preis dafür von der französischen Regierung ausgezahlt erhalten. Der Getäuschte bei der ganzen Geschichte ist die Regierung, daher die Scheu vor der Veröffentlichung des Dokuments, daher die Dreyfus seiner Zeit gebotene, von ihm aber unbenutzt gelassene Möglichkeit der Flucht. — Diese Geschichte der „Entdeckung" klingt ziemlich phantastisch, die Lösung der Schuldfrage dagegen nicht unwahrscheinlich.

Aus dem Reiche.

Eine kürzlich in verschiedenen Zeitungen erschienene, wenn auch ganz unsicher auftretende Notiz wollte wissen, daß die **Palästinafahrt des Kaisers** vielleicht erst im Oktober stattfände. Diese Kaiserreise wird jedoch bestimmt Mitte April angetreten. Dies bestätigen auch die äußeren Thatsachen, daß die zu Ostern auf alle Fälle vollständig fertige Jerusalemer Erlöserkirche nicht ein halbes Jahr uneingeweiht und somit unbenutzt bleibt und daß sich die beiden ältesten kaiserlichen Prinzen gleich im Anschluß an ihre zu Ostern erfolgende Konfirmation an der Jerusalemer Reise betheiligen werden. — Wie die „Post" hört, handelt es sich bei der Krankheit des Herzogs **Ernst Günther zu Schleswig-Holstein** um eine Blinddarmaffektion. Es dürfte immerhin einige Zeit vergehen, bevor der Herzog wieder ganz hergestellt ist; eine ernstliche Gefahr dürfte nicht vorliegen. — Das **Kommando des Prinzen Heinrich** in Ostasien wird von mindestens einjähriger Dauer sein, so daß der Prinz frühestens im Jahre 1899 wieder den vaterländischen Boden betreten wird. — Der bisherige Legationssekretär **Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg**, welchem aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem diplomatischen Dienste der Charakter als Legationsrath verliehen worden ist, gehörte dem auswärtigen Dienste seit dem Jahre 1889 an und war zuletzt dritter Sekretär bei der Botschaft in London. Seit drei Jahren war derselbe zur Dienstleistung bei dem Statthalter von Elsaß-Lothringen beurlaubt und ist nunmehr definitiv aus der diplomatischen Laufbahn ausgeschieden. — Ein alter Freund, Studien- und Schicksalsgenosse Fritz Reuters ist in Wismar hochbetagt im 85. Lebensjahre gestorben und am Donnerstag dieser Woche zu Grabe getragen worden, der **Gerichtssekretär a. D. Karl Schmidt.** Reuter widmete 1861 seine plattdeutschen Erzählungen „seinem lieben Freunde, dem Gerichtssekretär Karl Schmidt zu Wismar". — Die **Rettungsmedaille am Bande** verlieh der Kaiser dem einjährig-freiwilligen Oberjäger Polenk, dem Oberjäger Lehmann und dem Gefreiten Witte, und zwar in Anerkennung für ihre hervorragende Thätigkeit bei den Rettungsarbeiten während der Ueberschwemmung. Die Auszeichnung wurde den Betreffenden, welche sämmtlich der ersten Kompagnie des Hirschberger Jägerbataillons angehören, bei einem feierlichen Appell durch den Bataillonskommandeur, Oberstlieutenant Ferno, überreicht. — In dem **Disziplinarverfahren gegen den Kriminalkommissar v. Tausch** ist das Vorverfahren zum Abschluß gelangt und die Anklage erhoben worden. Der Termin zur Haupt- und Schlußverhandlung steht bereits im Dezember an. — Zur **Einführung der allgemeinen Fleischschau in Preußen** wird der „Allgemeinen Fleischer-Ztg." geschrieben: Die Schwierigkeit, welche darin besteht, daß zur Untersuchung des Fleisches geeignete Kräfte vorgebildet werden müssen, soll nach der Vorlage dadurch behoben werden, daß überall in größeren Städten von Thierärzten Kurse zur Ausbildung von Fleischbeschauern eingerichtet werden sollen. Die Fleischbeschauer werden allerdings nicht zu Beanstandungen befugt sein, sondern haben solche Fälle erst dem beamteten Thierarzt zu melden. — Die sozialdemokratische Braunschweiger „Volkswacht" veröffentlicht folgendes **geheime Zirkular** der 51. Infanterie-Brigade in Stuttgart an das Infanterie-Regiment Nr. 125: „Auf Grund der Verfügung königl. General-Kommandos theilt königl. Regt. die Brigade mit, daß bei der diesjährigen Aushebung nachstehende Rekruten als solche bezeichnet worden sind, deren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nach ihrer Haltung als zweifellos erwiesen angenommen werden muß." „Volkswacht" und „Frankf. Ztg." regen sich über dieses Zirkular, das doch nur als eine wohlangebrachte Vorsichtsmaßregel angesehen werden muß, unnütz auf. — Es hat Befremden erregt, daß auf der Rückseite der Loose der **neuen thüringischen Lotterie** der Text auch in französischer, englischer und russischer Sprache aufgedruckt ist. Wie jetzt in Weimar verlautet, hat der Großherzog sein Mißfallen hierüber ausgesprochen und den Wunsch kundgegeben, daß die Loose mit fremdsprachlichen Aufdrucken bei den folgenden Lotterien in Wegfall kommen. — Der Bischof von Regensburg hatte vor einiger Zeit den **Geistlichen** seiner Diözese ganz allgemein das **Radfahren verboten.** Das Verbot kann jedoch schon nicht mehr aufrecht erhalten werden. Mehr als 50 Geistliche der Diözese haben vom Ordinariat bereits die Erlaubniß erhalten, das Fahrrad benutzen zu dürfen. Dem einzureichenden Dispensations-Gesuche ist ein ärztliches Zeugniß, daß das Radfahren dem Gesuchsteller gesundheitsfördernd sei 2c., beizugeben, worauf von Fall zu Fall das Vehikel wieder freigegeben werden kann. — Ein **hübsches Wahlkuriosum** wird zu den badischen Landtagswahlen berichtet: Der sozialdemokratische „Volksfreund" erschien am Vorabend des Wahltages in zwei verschiedenen Ausgaben. In der Offenburger Ausgabe schimpfte er in allen Tonarten auf die Demokraten, weil dort der Sozialdemokrat dem Demokraten gegenüberstand, und in der Karlsruher Ausgabe waren alle die Schimpfereien weggelassen, weil dort der Sozialdemokrat mit dem in Offenburg verächtlich behandelten „Oppositions-Mischmasch" zusammenging. Es geht eben nichts über die — Gesinnungstüchtigkeit!

Deutschland.

Berlin, 26. November. Die Engländer verfolgen mit großem Interesse die Chancen der deutschen Schritte in China und die Haltung der Pekinger Regierung. Nach London gelangte gestern folgende Depesche aus Shanghai, aus einer Quelle freilich, die nicht immer als zuverlässig zu betrachten ist:

„In Folge der Besetzung der Kiautschaubucht durch die Deutschen erhielt der neuernannte chinesische Gesandte am Berliner Hofe Lu-Hai-Huan die Weisung, nicht abzureisen. Die Vizekönige der Seeprovinzen erhielten Weisungen, die Besatzungen der Küstenforts zu verstärken, weil die Pekinger Regierung fürchte, andere Mächte könnten versucht werden, Deutschlands Beispiel zu folgen. Es verlautet, daß, nachdem die Deutschen gelandet waren und die Forts und die Bucht besetzt hatten, der Tsungliyamen den General Lin-Kuang-Tsai anwies, sie mit 8000 Mann zu vertreiben. Alle verfügbaren Kriegsschiffe und Torpedoboote des Südgeschwaders wurden nach Norden beordert. Die südlichen Vizekönige erhoben jedoch dagegen Einspruch. Der Tsungliyamen nahm diesen Befehl zurück, als er erfuhr, daß Deutschlands Vorgehen wahrscheinlich von Rußland und Frankreich unterstützt werden würde."

Im Vatikan findet das deutsche Vorgehen in China nur geringen Beifall, von Seiten der propaganda fide wird erklärt, die deutschen Missionäre hätten überkühn gehandelt, sich im Innern Chinas, in einer Stadt niederzulassen, die dem Grabe des Confucius benachbart sei.

Das sind nun allerdings innere Angelegenheiten der Kirche, doch wäre es seltsam, daß die muthigen Glaubensverkünder ganz auf eigene Faust sich angesiedelt haben sollten. Wie dem auch sei, Deutschland hat die Pflicht, für seine Schützlinge einzutreten.

— Es gewinnt den Anschein, als ob die Ersatzwahl in Plön-Oldenburg schon im ersten Wahlgange zum Siege des konservativen Kandidaten geführt habe. Ein Telegramm von gestern Nachmittag meldet:

v. Tungeln (kons. u. Bd. d. Landw.) 8176, Höck (fr. Vgg.) 1396, Schmidt (fr. Vp.) 1768, Damaschke (nat.-soz.) 2145, Weinheber (Soz.) 2698 Stimmen. v. Tungeln erscheint gewählt; es fehlt nur noch das Ergebniß aus einer Ortschaft.

Das Organ des Bundes der Landwirthe meldet bestimmt, Herr v. Tungeln habe 8333 Stimmen erhalten und sei gewählt.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Uebereinkunft mit den Niederlanden wegen Ausdehnung des Abkommens vom 11. Dezember 1873 auf die Thierärzte die Zustimmung ertheilt. Ferner wurde eine Reihe von Etatsentwürfen zum Reichshaushalt für 1898/99 genehmigt, und zwar die Entwürfe betr. den allgemeinen Pensionsfonds, den Reichsinvalidenfonds, die Verwaltung des Reichsheeres, die Marineverwaltung, die Post- und Telegraphenverwaltung, das Reichsamt des Innern, das Reichsschatzamt, das Reichseisenbahnamt und die Reichsdruckerei. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Vorlagen, betr. die Uebersicht der Reichsausgaben und -einnahmen für 1896/97, betr. den Gesetzentwurf wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1898/99, betr. die Ausprägung von Reichssilbermünzen, betr. den Gesetzentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, betr. den Gesetzentwurf wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1898/99, und betr. den Gesetzentwurf wegen anderweiter Festsetzung des Gesamtkontingents der Brennereien. Endlich wurde über einen Sr. Majestät dem Kaiser für die Besetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht zu machenden Vorschlag und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Der Pole weiß sich der deutschen Sprache sehr beredt zu bedienen, wenn es ihm vortheilhaft scheint. Das in Graudenz erscheinende Hetzblatt, die „Gazeta Grudziadska", das eine Zeit lang unter Täuschung seines Leserkreises mit dem Segen des Erzbischofs von Stablewski den Abonnentenfang betrieb, hat es mit Unbehagen empfunden, daß den dortigen Deutschen seine Aufforderung an die „polnischen Landsleute", im Prinzip die Preußen wie eine Seuche, wie Pest luft zu meiden, bekannt wurde. Der Graudenzer „Gesellige", das nationale Organ in Westpreußen, das immer treu und erfolgreich gegen das Polenthum auf der Warte gestanden, hat nicht versäumt, die polnischen Hetzapostel auf unliebsame Folgen dieses Treibens nachdrücklich aufmerksam zu machen. Die Folge war, daß sofort ein Extrablatt der „Gazeta Grudziadska" erschien — in deutscher Sprache, das von den so, wie oben erwähnt, qualifizirten Preußen die „freisinnigen Mitbürger" ausnimmt und sie auffordert, möglichst bald daran zu gehen und sich einigermaßen zu organisiren: „Also auf, freisinnige Mitbürger! Zum Kampfe gegen das Junker-, Streber- und Hetzerthum. Der Hülfe der polnischen Wähler dürft ihr sicher sein!"

Die Zahl derer, welche diese Hülfe wünschen, wird wohl nicht groß sein.

— Namens des Zentralraths der deutschen Gewerkvereine haben der Verbandsanwalt Dr. M. Hirsch und der Vorsitzende des Zentralraths R. Mauch eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, mit dem Ersuchen, auch Arbeiter und insbesondere Vertreter der Arbeiterberufsvereine als Beirath für die Vorberathung handelspolitischer Maßnahmen heranziehen zu wollen. Begründet war dieses Ersuchen einmal damit, daß die 14 Millionen deutscher Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten ebensowohl als in derjenigen von Konsumenten an der Gestaltung des Zolltarifs in den Handelsverträgen, von welcher die Herstellungs- und Absatzbedingungen wie die Preise aller Waaren wesentlich mit bestimmt werden, das größte Interesse besitzen. Vom Standpunkt des Konsumenten aus widerlegt die Eingabe den Einwand, daß bei Vertheuerung der Lebensbedürfnisse die Löhne entsprechend in die Höhe gehen, durch den Hinweis auf die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts. Es heißt da: „Nach Ausweis jeder zuverlässigen Statistik der Arbeitsverhältnisse (als einen kleinen Beleg erlauben wir uns einige Hefte unserer Verbandsarbeitsstatistik ergebenst beizufügen) sind die Löhne in einer Reihe von Berufen beziehungsweise Städten und Gegenden seit den großen Zollerhöhungen überhaupt nicht gestiegen, befinden sich vielmehr auch heute noch auf der denkbar niedrigsten Stufe; und wo die Löhne gestiegen sind, da ist es weder zu gleicher Zeit, noch in gleichem Verhältniß mit der Vertheuerung der Existenzmittel geschehen, so daß in der Regel längere Zeiten der Entbehrung und Noth für die Arbeiterfamilien vorangingen!" Gegen den Einwand, daß es dem Arbeiter an Befähigung zu sachverständigem Beirath fehle, verweist die Eingabe auf die Heranziehung von Arbeitern zu der Kommission für Arbeiterstatistik. Die Zoll- und Handelspolitik aber sei für den Arbeiter mindestens ebenso wichtig wie die sozialpolitischen Maßnahmen. „Selbst die besten Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzbestimmungen verfehlen ihren wesentlichen Zweck, wenn die Arbeitermassen sich durch steigende Zollbelastungen und falsche handelspolitische Schritte schwer bedrückt und geschädigt fühlen. Gewiß werden die rein technischen und kommerziellen Details vorzugsweise von den Unternehmern erledigt werden — in den entscheidenden Fragen, wo es die Beschäftigung und die Lebenshaltung der Massen gilt, besitzen die Arbeiter mindestens die gleiche Urtheilskraft und dürfen dieselbe Beachtung beanspruchen." Die besondere Berücksichtigung von Vertretern der Berufsvereine der Arbeitnehmer wird zunächst damit begründet, daß auch die Berufsverbände der Unternehmer hervorragend herangezogen seien. Als direkte sachliche Gründe werden dann folgende angeführt: „Es kann keine sicherere Bürgschaft für Einsicht, Fähigkeit und Eifer geben, als der Gemeinsinn, der zu steter hingebender Thätigkeit für die Berufs- und Arbeitsgenossen antreibt und auf die Dauer allein auch das Vertrauen der letzteren erwirbt. Mit solchen Vertrauensstellungen pflegt denn auch die Möglichkeit, sich der umfassenden Beobachtung der wirthschaftlich-sozialen Vorgänge und Interessen zu widmen, die Muße für längere Berathungen und eine von den Unternehmern unabhängige Lebensstellung verbunden zu sein. Vor Allem aber bieten die aus der freien Wahl großer Berufsvereinigungen hervorgegangenen Vertreter die Sicherheit, daß sie — worauf es doch wesentlich ankommt — in zuverlässiger Weise die Verhältnisse, Ansichten und Wünsche der betr. Bevölkerungskreise zur Kenntniß der Reichsregierung bringen werden."

— Die italienische Regierung hat jüngst ihren Gesandten in Buenos-Ayres angewiesen, sich nach Brasilien zu begeben, weil sich dort in der nächsten Zeit Vorgänge von weittragender politischer Bedeutung abspielen könnten und die italienische Regierung vorbereitet sein möchte. Es tauchen in der That immer lauter allerlei Gerüchte von einer beabsichtigten Trennung des Staates Rio Grande do Sul von dem großen Staatskörper Brasilien auf. Die brasilianische Presse des Staates war in ihren Ansichten bislang sehr getheilt. Eine Partei behauptete, daß der jetzige Gouverneur de Castilhos Abgesandte nach den übrigen Südstaaten Paraná und Santa Catharina geschickt habe, um Erkundigungen einzuziehen, während die Gouvernementspresse, also die kastilhistische, solches stets ableugnete. Nun hat sich aber auch, was sehr bemerkenswerth ist, die deutsche brasilianische Presse mit dieser Angelegenheit befaßt. Die „Blumenauer Zeitung", die de Castilhos als Kandidaten für den Präsidentensitz vertheidigt, spricht es offen aus, daß, wenn der Gouverneur im Wahlkampfe unterliegt, die Union als solche untergehen werde. Die „Deutsche Zeitung" von Koseritz, die in Porte Alegre erscheint, ist ebenfalls der Ansicht, daß die Lostrennung der Südstaaten, allerdings ohne bisher vollkommen bestimmte Form, eine jener politischen Fragen sei, die seit dem Tage der Unabhängigkeitserklärung Brasiliens ihrer Lösung harren. Sie hält es nicht für unmöglich, daß ein solcher Plan bestehen kann, ist aber im Gegensatz zu der „Blumenauer Zeitung" der Ansicht, daß ein Sezessionskrieg in Brasilien ein Unglück für das Land bedeuten müßte, da die Republik, im brudermörderischen Kampfe sich aufreibend, das Schicksal Polens theilen würde. Diesen Aeußerungen können wir auch noch eine der „Deutschen Kolonialzeitung" zufügen, deren brasilianischer Korrespondent schreibt: „Die Separationsgelüste eines großen Theiles der eingeborenen Bevölkerung von Rio Grande, sowie des Julho de Castilhos sind bekannt, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Nachbarstaaten St. Catharina und Paraná sich einer derartigen Abtrennung anschließen und mit Rio Grande do Sul vereint einen südbrasilianischen Staatenbund bilden werden; die offene, feindliche Stellungnahme der drei Südstaaten dem Bundespräsidenten gegenüber dürfte meine Vermuthung bestätigen. Ob das Deutschthum bei einer politischen Verschiebung der von mir angedeuteten Staatenverhältnisse sich nicht vielleicht günstiger stellen würde als heute, wäre sehr eine Frage der Zeit. Die Thatsache jener offenen Opposition gegen den Bundespräsidenten hat zunächst einen Rückgang im Handel und Gewerbe nach sich gezogen, weil das Vertrauen in die Zukunft des Landes fehlt; die fortwährenden Kursschwankungen haben das Einfuhrgeschäft fast lahm gelegt." Diese Verhältnisse müssen von uns wohl im Auge behalten werden, da es doch nicht unmöglich ist, daß im gegebenen Falle das sonst so sehr zersplitterte Deutschthum eine bedeutende, wenn nicht entscheidende Rolle spielen kann. Leider fehlt jetzt in den Südstaaten Brasiliens ein hervorragender Deutscher, der durch seine Stellung und sein Genie die widerstrebenden deutschen Elemente unter einen Hut bringen könnte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. November. Dem aufregenden Beginn der heutigen Parlamentssitzung ist um 3 Uhr die große Ueberraschung des Tages gefolgt: die Aenderung der Geschäftsordnung ist während einer furchtbaren Tumultscene durch die Rechte angenommen worden. Nach 1½ Uhr sollte die Sitzung beginnen. Präsident Abrahamowicz betritt den Saal, mit stürmischen Pfuirufen von der Schönerer-Bank empfangen; „Heil! Heil! Pfui! da ist er ja wieder, der polakische Gauner, so ein Schuft, so ein Elender!" ruft Wolf. Der Präsident verschränkt die Arme und will sprechen — neue Pfuirufe ersticken seine Worte. „Sie dürfen nicht reden! Hinaus mit Ihnen! Dieser Gauner darf nicht reden!" hört man von der Bank der Deutschnationalen. Abrahamowicz versucht nochmals zu reden und schwingt matt die Glocke. Schönerer: „Ich habe das Wort verlangt, ich muß es auch bekommen. Das ist mein Recht!" Wolf: „Hier giebt es kein Recht mehr. In diesem Hause ist kein Friede möglich, so lange dieser Präsident da ist!" „Oberhanswurst!" ruft man von anderer Seite. Endlich kommt Abrahamowicz zum Worte: „Ich unterbreche bis 3 Uhr die Sitzung!" und verläßt das Präsidium. Während der Unterbrechung bildet sich im Hause eine dichte Gruppe um den Ministerpräsidenten, er ist in lebhafter erregter Konversation mit Deutschfortschrittlichen und Sozialdemokraten. Abseits in der ersten Bank steht Wolf und sendet mitunter einen Ruf in die Gruppe. Nach Wiederaufnahme der unterbrochenen Sitzung erscheint der Präsident, von

neuen Spottrufen begrüßt. Er eröffnet trotzdem die Sitzung und ertheilt dem Grafen Falkenhayn das Wort. Dieser beantragt, die (oben wiedergegebene) Aenderung der Geschäftsordnung ohne Debatte anzunehmen. Heftige Zwischenrufe von der Linken übertönen die Worte des Redners. Abg. Verkauf: „Gendarmen holen!“ Abg. Wolf: „Galgen aufrichten! Da spricht der Mörder von Ostrau!“ Abg. Daszynski: „Das ist ein Minister, dessen Hände mit Blut befleckt sind!“ Abg. Peßler ruft: „Sie können beschließen, was Sie wollen, wir werden das niemals anerkennen!“ Abg. Berner: „Das wäre nicht schlecht, Potoczek als Hausknecht!“ Es entwickeln sich heftige Kampfscenen, da giebt ein Abgeordneter der Rechten ein Zeichen, die Hände zu erheben. Die Rechte steht auf und erhebt die Hände. Der Antrag wird als angenommen erklärt. Ungeheurer Lärm, Linealschläge und Kampfscenen auf dem Präsidium sind die rasche Folge der Ueberrumpelung. Abgeordnete der Linken ersteigen die Präsidentenbühne, andere debattiren lebhaft mit Badeni. Der Präsident enteilt, heftig umdrängt, aus dem Saale; die Sitzung ist wiederum unterbrochen, während der Tumult fortdauert. Die Klubobmänner der Opposition versammeln sich zu einer Konferenz und begeben sich dann korporativ zum Präsidenten, um ihn zu befragen, was geschehen sei, ob der Antrag als angenommen zu betrachten wäre. Der Präsident erklärt, der Antrag sei angenommen. (Wie es scheint, sind die Exekutivorgane, welche dem Präsidenten beigegeben werden sollen, schon für die morgige Sitzung in Bereitschaft.) Nach einstündiger Unterbrechung nimmt der Präsident die Sitzung wieder auf, jedoch nur, um zu erklären, daß er die Sitzung schließe und die nächste für morgen 11 Uhr Vormittags anberaume. Unter Pfui- und Abzugrufen der Linken verläßt der Präsident den Saal. Der heutige Gewaltstreich veranlaßt die Linke, die Abstinenz in Erwägung zu ziehen. Mehrere Gruppen der Linken sind bereits fest entschlossen, auf Entfernung aus dem Abgeordnetenhause hinzuwirken. Die Entscheidung wird morgen getroffen.

Belgien.

Brüssel, 25. November. Am 1. Dezember wird hier unter dem Vorsitze des Ministers der öffentlichen Arbeiten Nyssens eine internationale diplomatisch-technische Konferenz zusammentreten, um den im Jahre 1883 in Paris gegründeten Verein zum Schutze der Industrie weiter auszubauen und hinsichtlich desselben Abänderungen vorzunehmen, durch welche den Ländern, die dem Verein noch nicht angehören, der Beitritt zu demselben gestattet werden soll.

Rußland.

Zur Besetzung von Kiao-Tschau sind folgende Bemerkungen eines russischen Blattes, der „Nowosti“, beachtenswerth:

Kiao-Tschau liegt fast auf derselben Parallele wie das Süduser von Korea. Die Einnahme dieser Bai bedeutet somit die Besetzung eines in Bezug nicht nur auf China, sondern auch auf Korea und Japan wichtigen Punktes. Dieses Ereigniß wird vielleicht den Ausgangspunkt für die Entscheidung der chinesisch-orientalischen Frage bilden (?). Alles wird davon abhängen, ob die Deutschen in der okkupirten Stadt bleiben oder dieselbe wieder aufgeben werden. Wenn die Okkupation zu einer dauernden wird, so muß Rußland sofortige Maßregeln ergreifen, um seine Lebensinteressen in China zu wahren. Von allen Kolonialkonflikten, welche Deutschland bisher durchgemacht hat, ist derjenige mit China der wichtigste, da derselbe die Interessen Rußlands und Japans in hohem Maße berührt. Für diese beiden Staaten ist es keineswegs wünschenswerth, daß Deutschland sich in ihrer nächsten Nähe festsetzt und sich gewissermaßen in ihre Einflußsphäre hineindrängt (?). Für Rußland speziell ist die Besetzung von Kiao-Tschau durch deutsche Truppen lehrreich und kann uns als Beispiel dienen. Rußland braucht einen eisfreien Hafen am Großen Ozean. Die chinesische Regierung wird Rußland niemals aus freien Stücken, aus Dankbarkeit für die erwiesenen Dienste einen Hafen zur Verfügung stellen. Wenn daher Deutschland Kiao-Tschau nicht räumt, so wird Rußland das Recht besitzen, als Erwiderung darauf seinerseits einen Theil des chinesischen Territoriums zu okkupiren.

Türkei.

Konstantinopel, 25. November. Einem Telegramm des Blattes „Ikdam“ zufolge gehen die türkischen Panzerschiffe „Osmanie Orkhanie“ und „Nedim Schefket“ sowie der zweiten Schiffsdivision angehörende Torpedoboote unter dem Kommando Hairi-Paschas heute von Smyrna nach Saloniki in See.

Afrika.

Kairo, 25. November. Der Finanzbeirath des Khedive Sir E. Palmer legte im heutigen Ministerrathe das egyptische Budget für 1898 vor. In demselben sind sowohl Einnahmen als Ausgaben auf 10 440 000 Pfund veranschlagt. Die Einnahmen weisen darnach eine Erhöhung von 205 000 Pfund gegenüber dem Vorjahre auf. Das Kriegsbudget zeigt eine Vermehrung um 145 000 Pfund. Im Budget ist eine Ueberweisung an den Konversionsersparnißfond im Betrage von 440 000 Pfund und eine solche an den allgemeinen Reservefond in der Höhe von 344 000 Pfund vorgesehen.

Arbeiterbewegung.

London, 25. November. Die durch das Handelsamt vermittelte Konferenz der Maschinenbauer und ihrer Arbeiter setzte heute die Verhandlungen fort, welche nur zu einer schärferen Klarlegung der Differenzpunkte dienten, ohne daß ein Fortschritt auf dem Wege zur Einigung gemacht wurde.

Städtisches.

Der Bericht über die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Stettin für die Zeit vom 1. April 1896 bis dahin 1897 liegt nunmehr in seinem ersten Abschnitt, der Darlegung der finanziellen Ergebnisse, im Druck vor. Nach dem Hauptabschluß balanzirte die Gesamt-Einnahme und Ausgabe mit 19 486 953 Mark 24 Pf., davon 10 561 786 Mark 48 Pf. im Ordinarium und 8 925 066 Mark 76 Pf. im Extra-Ordinarium. Der Ueberschuß im Ordinarium beträgt 554 710 Mark 40 Pf. und steht dem des Jahres 1893—94 annähernd gleich, derselbe ist zum kleineren Theil durch Mehreinnahmen, im Uebrigen durch Minderausgaben entstanden. In der Einleitung des Berichts hebt der Magistrat an Mehreinnahmen hervor: Rund 26 000 Mark Ueberschüsse der aus dem Straßenbauvorschußkonto bezw. dem Kämmereivermögen angekauften Grundstücke Bollwerk 36 und Breitestraße 17, 69 und 70—71, rd. 30 000 Mark Mehrerlös aus dem Verkauf von Gas und den Nebenerzeugnissen der Gasanstalt und rd. 190 000 Mark Mehrertrag an Steuern, wovon annähernd je die Hälfte auf die direkten und die indirekten Steuern entfällt. — Als wesentliche Minderausgaben sind zu nennen: In Folge von Ersparnissen rd. 26 000 Mark für Ausbesserung des Straßenpflasters, rd. 11 000 Mark für Baggerungen, 30 000 Mark an Zuschuß zur Unterhaltung der Eisbrecher, rd. 90 000 Mark an Zinsen und Amortisation der im Rechnungsjahre theils überhaupt nicht, oder doch erst später als vorgesehen, zur Begebung gelangten Anleihescheine. Weiter durch Nichtausführung vorgesehener Arbeiten rd. 7000 Mark für verschiedene Baulichkeiten, 5000 Mark für einen Gerätheschuppen und der Theilbetrag von 9500 Mark für Herstellung der Promenade in der Kaiser Wilhelmstraße, 7300 Mark für Umpflasterung der Mönchenbrückstraße und 28 200 Mark für Regulirung der Uferstraße. Es betrug der Ueberschuß: aus der Vermögensverwaltung 1 312 233,17 M., aus der Kommunalsteuer-Verwaltung 3 128 489,54 Mark, aus Vorjahren 342 063,77 Mark, zusammen 4 782 786,48 Mark. Dagegen erforderten die Kommunalverwaltungspflichten bei Tit. 1 bis 9 einen Aufwand von 4 228 076,08 Mark bleibt ein Ueberschuß von 554 710,40 Mark. Von den beiden Einnahmequellen des städtischen Haushaltes trugen zur Deckung der laufenden Ausgaben bei: das Kämmereivermögen mit 29,55 Prozent, die Steuerkraft mit 70,45 Prozent, während die betreffenden Prozentziffern für das Vorjahr 30,42 und 69,58 Prozent betrugen. Das Extraordinarium weist an Einnahmen 7 936 213,96 Mark an Ausgaben abzüglich des bei Titel 4 verausgabten und 1897—98 wieder vereinnahmten, Ende März 1897 verbliebenen Baarbestandes mit 713 372,67 Mark, im Ganzen 7 880 370,64 Mark nach, bleibt Mehreinnahme 55 843,32 Mark. Aus dieser Mehreinnahme von 55 843,32 Mark, dem Ueberschuß des Ordinariums mit 554 710,40 Mark setzt sich zuzüglich der Differenz zwischen den vom Ordinarium abgeführten Ausgaberesten von 127 758,18 Mark und den dem Ordinarium vorgeschossenen Einnahmeresten mit 24 939,23 Mark, zusammen 102 818,95 Mark, der Baarbestand von 713 372,67 Mark zusammen. Das Guthaben des Straßenbau-Vorschuß-Kontos bezifferte sich nach dem vorjährigen Finalabschlusse am 1. April 1896 auf 23 473,92 Mark. Die Ausgabe pro 1896/97 betrug 954 627,17 Mark, die Einnahme 600 725,47 Mark, sodaß eine Vermehrung der Schuld um 353 901,70 Mark stattgefunden hat und das Guthaben des Vorschußkontos am 1. April 1897 377 375,62 Mark betrug. Das Volksschulen-Vorschuß-Konto hat pro 1896—97 mit einem Bestande von 130 980,69 Mark abgeschlossen. Hiervon ab der am 1. April 1896 vorhandene Fehlbetrag mit 42 866,88 Mark, sodaß am 1. April 1897 das Guthaben des Vorschußkontos betrug 88 113,81 Mark.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. November. In der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Verbreiterung der Schulzenstraße auf 15 Meter mit 29 gegen 20 Stimmen beschlossen, der Magistrat war gegen die Verbreiterung und bedarf der Stadtverordnetenbeschluß noch der Zustimmung desselben.

— Dem Forstkassenrendanten Schreiber in Ueckermünde ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden.

— Nach einem neuerlichen Erlaß des Ministers des Innern findet die Meinung, es sei bei Konsumvereinen in den Fällen des § 33 Absatz 5 der Gewerbeordnung die Bedürfnißfrage von wesentlich anderen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, als bei Einzelpersonen, welche sich um die Erlaubniß zum Betriebe der Gast- oder Schankwirthschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus bewerben, in dem Gesetze keinen Anhalt. Auch bei den Anträgen von Konsumvereinen ist stets zu untersuchen, ob bereits genügend Wirthschaften und Kleinhandlungen bestehen, um das Bedürfniß der Betheiligten in geeigneter und ausreichender Weise zu befriedigen. Ist dies der Fall, so kann eine große Mitgliederzahl des Vereins oder die lange Dauer seines Bestehens oder der von ihm eingerichteten Wirthschaft oder Kleinhandlung nicht ausreichen, um trotzdem die Bedürfnißfrage zu bejahen, und ebensowenig der Wunsch, das Fortbestehen des Vereins zu sichern.

— Waarenbestellkarten, in denen durch handschriftliche Unterstreichung gewisser Stellen des gedruckten Textes zum Ausdruck gebracht ist, daß sich die Bestellung lediglich auf die unterstrichenen Gattungen oder Mengen von Waaren erstrecken soll, sind nach einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Reichs-Postamts zur Beförderung gegen die Drucksachentaxe zugelassen. Die Bestellkarten müssen im Uebrigen den Vorschriften über Drucksachen entsprechen, namentlich dürfen sie die Aufschrift „Postkarte“ nicht tragen.

— Nachdem durch das Gesetz vom 13. August d. Js. (G. S. S. 391), betreffend Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870, die Schonzeit für das Elchwild dahin abgeändert worden ist, daß männliches Elchwild nur noch im Monat September, weibliches Elchwild und Elchkälber überhaupt nicht mehr erlegt werden dürfen, entspricht die bisher übliche Rückseite der Jagdscheinformulare nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften. Die darauf durch schwarzen Aufdruck auf grünem Grunde kenntlich gemachten Schonzeiten der einzelnen Wildarten sind nunmehr dahin abzuändern, daß in der ersten Rubrik statt „Elchwild“ gesagt wird: „Männliches Elchwild“, und daß der schwarze Aufdruck auch bei den Monaten Oktober und November nachgeholt wird. Außerdem ist die 6. Rubrik „Rehkälber“ in: „Weibliches Elchwild, Elchkälber und Rehkälber“ abzuändern.

— Für die Reinhaltung der schiffbaren Gewässer, der Häfen und Anlegestellen geschieht häufig nicht genug. Insbesondere wird zu wenig beachtet, daß die Einführung des Unrathes und der Abgänge von den Schiffen ins Wasser oft eine gesundheitliche Gefahr mit sich bringt. Nur in Seuchezeiten, zumal in der Zeit von Choleragefahr, wird es damit streng genommen. Und doch wäre eine dauernde bessere Fürsorge und Ueberwachung hier dringend nothwendig. Nachahmung verdient das Vorgehen Hamburgs. Die neue Hamburger Hafenordnung enthält sehr eingehende Bestimmungen. Es wird zunächst angeordnet, Unrath und Abfall auf den Schiffen nach verbrennbaren und unverbrennbaren Bestandtheilen zu trennen. Die verbrennbaren sind an die Unrathsfahrzeuge abzuliefern, die unverbrennbaren sind nach bestimmten Ablageungsplätzen zu schaffen. Ferner ist verboten, Unrath und Abfall oder andere Gegenstände, die den Hafen zu verunreinigen geeignet sind, ins Wasser zu werfen oder fallen zu lassen. Beim Löschen und Laden von Ballast und losem Gut ist durch untergespannte Persenninge (Segeltuchdecken) oder andere geeignete Vorrichtungen die Verunreinigung des Hafens zu verhindern. Schließlich ist auch Verunreinigung des Hafens durch Entleeren von Petroleum- und ähnlichen Rückständen, insbesondere aus den Tanks der Petroleum-Dampfschiffe und Leichter, verboten. Ist die Entfernung solcher Rückstände erforderlich, so sind sie in Gefäßen aufzufangen und nach dem Petroleumhafen zu bringen. Bei der Neuordnung der preußischen Wassergesetzgebung verdiente das Vorgehen Hamburgs beachtet zu werden.

— Konkursverfahren ist eröffnet worden über das Vermögen des Kaufmanns Julius Heimann hierselbst, Schulzenstraße 13—14 (Anmeldefrist: 15. Januar) und über das Vermögen des Schlossermeisters Robert Sitz hierselbst, Reifschlägerstr. 14 (Anmeldefrist: 6. Januar).

* Wegen eines Schornsteinbrandes im Hause Birkenallee 16—17 wurde heute Vormittag die Handdruckspritze der Feuerwehr dorthin entsandt.

* In der Friedrich-Karlstraße wurde letzte Nacht ein Versicherungsbeamter von zwei Männern ohne ersichtlichen Grund angegriffen und derart mißhandelt, daß er die Hülfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen mußte.

Aus den Provinzen.

A **Stargard**, 25. November. Ueber die Glaserwittwe Frau Sibbel und deren Tochter, welche, wie mitgetheilt, in ihrer Wohnung halb verhungert und im Verfolgungswahn aufgefunden wurde, schreibt die „Starg. Ztg.“ noch: Bei der Revision des Nachlasses hat sich ergeben, daß Frau Sibbel ein Baarvermögen von 42 000 Mark in Gold, Silber und Papier hinterlassen hat, welches sich in Zigarrenkisten, Papierdüten und alten Lumpen versteckt vorfand.

)(**Pasewalk**, 25. November. Der Stadthaushalt-Etat für 1898—99 wurde seitens der Stadtverordneten in Einnahme und Ausgabe mit 152 000 Mark festgesetzt und genehmigt, als Gemeindeabgabe werden 150 Prozent Zuschlag erhoben.

D **Bergen a. R.**, 25. November. Ueber das Vermögen des Gutspächters Gustav Kagelmacher in Scharpitz ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Anmeldefrist: 8. Januar.

Musikalisches.

— Auch in diesem Jahre bringt Karl Reinecke im Verlage von Chr. Fr. Viewegs Buchhandlung in Quedlinburg ein stimmungsvolles „Weihnachtslied“, er hat dazu ein Gedicht von H. Carsten „Es senkt sich hehr und leise“ gewählt und die Verlagshandlung bietet es in den verschiedensten Auflagen: für höhere und tiefere Singstimme mit Klavierbegleitung, für 1 Singstimme mit Harmoniumbegleitung und in der Uebertragung von G. Hecht als Fantasie für Klavier (2- und 4händig) und für Harmoniumsoli. Dieses Weihnachtslied kann warm empfohlen werden.

Kunst und Wissenschaft.

Pest, 25. November. Geheimrath Professor v. Esmarch ist auf Einladung der hiesigen Rettungs-Gesellschaft heute hier eingetroffen und von den Vertretern der Gesellschaft aufs herzlichste empfangen worden. Nach einer Besichtigung der Räumlichkeiten und Einrichtungen gab Professor v. Esmarch seiner vollen Befriedigung über das Gesehene Ausdruck. Morgen wird er im Rathhause einen Vortrag über die erste Hülfeleistung halten.

Vermischte Nachrichten.

Sagan, 25. November. In dem benachbarten Kunzendorf brennt der Braunkohlenschacht der Lohser-Werke von Maier u. Co. Der Förderthurm und die Schurre sind bereits vollständig eingeäschert. Die Belegschaft konnte bis auf etwa 9 Vermißte gerettet werden. Es sind Vorkehrungen zur Rettung der noch im Schachte befindlichen Bergleute getroffen. Der Brand ist noch nicht gelöscht.

Leipzig, 26. November. Bei der Abrechnung über die sächsisch-thüringische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung wird sich voraussichtlich eine Unterbilanz von rund 200,000 Mk. ergeben. Davon trägt 100,000 Mk. die Stadt Leipzig, die bekanntlich 100,000 Mk. à fonds perdu und außerdem noch 150,000 Mk. gezeichnet hat, mit denen sie in der Reihe der übrigen Garantiefondszeichner rangirt. Es bleiben also noch 100,000 Mk. zu decken. Da das Ausstellungskomitee mit großen Kosten den Platz, der in Zukunft einen öffentlichen Park darstellen wird, hat herstellen lassen — es mußten bekanntlich Unmassen von Erde bewegt werden — und somit mit einer Riesensumme, die baar ausgegeben wurde, im Interesse der Stadt und der städtischen Anlagen gearbeitet hat, so liegt der Gedanke nahe, daß die Stadt sich für diese Auslagen auch weiterhin erkenntlich zeigt und die Herstellung des Platzes zu einem Theile mitträgt, also gewissermaßen die Herstellung der Anlagen dem Komitee abkauft, wiewohl das Terrain der Stadt gehört. Thut dies die Stadt nicht, so bleibt ein wirklicher Fehlbetrag von 100,000 Mk. übrig. Als Garantiefonds sind seiner Zeit 2,800,000 Mk. gezeichnet worden, die Zeichnung der Stadt mit einbegriffen. Von den Garantiefondszeichnern, die sich je nach ihrem Antheile in das Defizit würden theilen müssen, würde also ein jeder etwas über $3^1/_2$% der von ihm gezeichneten Summe einzahlen müssen. Die „L. N. N.“ heben hervor, daß diese Berechnung nur eine Wahrscheinlichkeitsrechnung sein kann. Stellen sich doch nachträglich noch ganz nette Einnahmen ein, z. B. aus der weiteren Verpachtung der „Wartburg“ auf dem Ausstellungsplatze 2c. Auch der Ausgang der wegen der Platzmiethe schwebenden vielen Prozesse läßt sich noch nicht voraussehen.

Prag, 25. November. Der Roman der von dem Porzellanmaler Horyna entführten Nonne in Nachod hat ein weiteres Kapitel aufzuweisen. Wie jetzt mitgetheilt wird, hat die Behörde alle Schritte in dieser Angelegenheit eingestellt und haben die Eltern des Mädchens die Einwilligung zur Vermählung ihrer Tochter gegeben. Die Hochzeit wird demnächst stattfinden. Wie Horyna seinem in Prag lebenden Bruder schrieb, erhält er fortwährend von allen Seiten zahlreiche Glückwünsche.

Brüssel, 25. November. Aus der hiesigen Sparkasse wurden kürzlich 180 000 Franks gestohlen. Die Polizei hat nunmehr die Spur der Diebe in Charleroi entdeckt. Ihre Verhaftung steht bevor.

☐ **Paris**, 26. November. Zu der bereits gestern gemeldeten Eisenbahnkatastrophe bei Larbes ist die Zahl der Todten größer als man ursprünglich glaubte. 17 Leichen sind bis jetzt aufgefunden und man glaubt, daß sich noch eine größere Anzahl unter den Trümmern befindet.

— [Eine feine Auskunft.] Eine hannoversche Lederfabrik ersuchte ein bekanntes Auskunftsinstitut, ihr genaue Angaben über die Kreditwürdigkeit eines Berliner Hausirers zu machen, und erhielt folgenden Bescheid: Der Angefragte ist vollständig vermögenslos, er hat jedoch vor etwa sechs Wochen die Leiche seiner Gattin für 300 Mark an die Anatomie in Halle verkauft.“

Schiffsnachrichten.

— Einer Meldung aus Hamburg zufolge übersegelte gestern der von Afrika kommende Dampfer „Professor Wörmann“ in der Unterelbe einen Ewer. Die drei Insassen des Letzteren ertranken.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. November. Wetter: Ziemlich heiter. Temperatur — 0 Grad Reaumur, Morgens — 4 Grad Reaumur. Barometer 775 Millimeter. Wind: N.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36,20 bez.

Berlin, 26. November. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 38,00, loco 50er amtlich 57,40.

London, 26. November. Wetter: Schön.

Berlin, 26. November. Schluß-Kourse.

Preuß Consols 4%	102,70	London kurz	—,—
do. do. $3^1/_2$%	102,75	London lang	—,—
do. do. 3%	97,40	Amsterdam kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	97,00	Paris kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe $3^1/_2$%	99,80	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	91,75	Berliner Dampfmühlen	136,75
do. Neuländ. Pfdbr $3^1/_2$%	99,80	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	99,25
3% neuländ. Pfandbriefe	91,50	„Union“, Fabrik chem Produkte	124,00
Centrallandsch. Pfdbr. $3^1/_2$%	100 25	Barziner Papierfabrik	195,52
do. 3%	91,40	Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	199,10
Italienische Rente	94,10	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,75
do. 3% Eisenb.-Oblig.	57 90	$3^1/_2$% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,50
Ungar. Goldrente	103,50	Stett. Stadtanleihe $3^1/_2$%	99,75
Rumän. 1881er am. Rente	100,60		
Serbische 4% 95er Rente	64 40	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. v. 1890	32,00	Disconto-Commandit	198,90
Rum. amort. Rente 4%	91,50	Berliner Handels-Gesellsch.	172,0.
Mexikan. 6% Goldrente	95 70	Oesterr. Credit	221,40
Oesterr. Banknoten	169,65	Dynamite Trust	176,00
Russ Banknoten Cassa	217,30	Bochumer Gußstahlfabrik	195,40
do. do. Ultimo	217,00	Laurahütte	174 00
Gr. Russ. Zollcoupons	323,70	Harpener	187,10
Französische Banknoten	80,90	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	201,50
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) $4^1/_2$%	92,00	Dortm. Union Littr. C.	94 6.
do. (100) 4%	89,90	Ostpreuß. Südbahn	96,20
do. (100) 4%	89,50	Marienburg-Mlawkabahn	82,75
do. unkd. b. 1905 (100) $3^1/_2$%	—,—	Norddeutscher Lloyd	102,50
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	10?,50	Lombarden	34,60
Stett. Vulc.-Akt. Littr. B.	174,50	Franzosen	143,0.
Stett. Vulc.-Prioritäten	174,50	Luxemb. Prince-Henribahn	112,1
Stettiner Straßenbahn	150,00		
Petersburg kurz	216,05		
Warschau kurz	216,10		

Tendenz: Fest.

Paris, 25. November, Nachm. (Schlußkourse.) Behauptet.

	25.	24.
3% Franz. Rente	103 65	103,70
5% Ital. Rente	$95,37^1/_2$	95,55
Portugiesen	20,60	20 40
Portugiesische Tabaksoblig	474 00	474,00
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	$66,67^1/_2$	—,—
$3^1/_2$% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	94,20	94 10
4% Serben	66,50	—,—
3% Spanier äußere Anleihe	61,50	61,12
Convert. Türken	$22,17^1/_2$	$22,17^1/_2$
Türkische Loose	113 50	114,00
4% türk. Pr.-Obligationen	461,00	460,00
Tabacs Ottom.	329,00	330,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	682 00	683 00
Oesterreichische Staatsbahn	729,00	727,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	—,—	—,—
B. de Paris	866,00	867,00
Banque ottomane	591,00	591,00
Credit Lyonnais	793,00	793,00
Debeers	726,00	729,00
Langl. Estat.	105,00	104,00
Rio Tinto-Aktien	625,00	623,00
Robinson-Aktien	209 50	209 50
Suezkanal-Aktien	3270	3274
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,62	206,62
do. auf deutsche Plätze 3 M.	$122^7/_{16}$	122,37
do. auf Italien	4,75	4,75
do. auf London kurz	$25,18^1/_2$	$25,18^1/_2$
Cheque auf London	$25,20^1/_2$	$25,20^1/_2$
do. auf Madrid kurz	372 40	372,40
do. auf Wien kurz	207,75	207,87
Huanchaca	33,00	33 50
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 25. November, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per November 8,90, per Dezember $8,92^1/_2$, per Januar $9,02^1/_2$, per März $9,17^1/_2$, per Mai 9,30, per Juli $9,42^1/_2$. Kaum behauptet.

Hamburg, 25. November, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 28,00, per März 29,00, per Mai 29,50, per September 30,00.

Bremen, 25. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 4,95 B. Schmalz ruhig. Wilcox 24 Pf., Armour shield $24^1/_2$ Pf., Cudahy $25^3/_4$ Pf., Choice Grocery $25^3/_4$ Pf., White label $25^3/_4$ Pf. — Speck ruhig. Short clear middl. loko $28^1/_2$. Reis stetig.

Pest, 25. November, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko fest beh., per Frühjahr 12,07 G., 12,09 B. Roggen per Frühjahr 8,80 G., 8,82 B. Hafer per Frühjahr 6,50 G., 6,52 B., per November —,— G., —,— B. Mais per November 5,00 G., 5,10 B., per Mai-Juni 5,53 G., 5,54 B. Kohlraps loko 13,00 G., 13,75 B. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 25. November. Java-Kaffee good ordinary 36,00.

Amsterdam, 25. November. Bancazinn 37,50.

Amsterdam, 25. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per November —,—, per März —,—, per Mai —,—. Roggen loko —, do. auf Termine fest, per März 132,00, per Mai 130,00, per Juli —,—. Rüböl loko —,—, per Dezember —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 25. November. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 25. November, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,75 bez. u. B., per November 14,75 B., per Dezember 14,75 B. Ruhig.

Schmalz per November 52,75. Margarine ruhig.

Paris, 25. November, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per November 30,75, per Dezember 30,70, per Januar-Februar 29,70, per Januar-April 29,55. Roggen fest, per November 18,75, per Januar-April 19,00. Mehl beh., per November 62,95, per Dezember 62,60, per Januar-Februar 62,55, per Januar-April 62,35. Rüböl matt, per November 59,50, per Dezember 59,25, per Januar-April 59,25, per Mai-August 58,00. Spiritus fallend, per November 45,50, per Dezember 44,75, per Januar-April 43,50, per Mai-August 43,25. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 25. November, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) behauptet, 88% loko 27,50 bis 28,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 29,87, per Dezember 30,00, per Januar-April 30,50, per März-Juni 30,87.

Havre, 25. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per November 35,00, per Dezember 35,50, per März 36,00. Behauptet.

London, 25. November. 96proz. Javazucker 10,75 ruhig. Rüben-Rohzucker loko 8,87 ruhig. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 25. November. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 48 Lstr. — Sh. — d. Zinn (Straits) 62 Lstr. 15 Sh. — d. Zink 18 Lstr. 2 Sh. 6 d. Blei 13 Lstr. 5 Sh. — d. Roheisen. Mixed numbers warrants 45 Sh. 2 d.

London, 25. November. Spanisches Blei 13 Lstr. 2 Sh. 6 d. bis 13 Lstr. 5 Sh.

London, 25. November. Chili-Kupfer $48^1/_{16}$, per drei Monate $48^7/_{16}$.

Glasgow, 25. November, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. $2^1/_2$ d. Warrants middlesborough III 40 Sh. 9 d.

Petersburg, 25. November. Weizen loko 11,70 bis —,—, Roggen loko 6,70 bis —,—, Hafer loko 4,60, Leinsaat loko 11,50 bis —,—. Hanf loko —,—, Talg loko —,—. Wetter: Frost.

Wollberichte.

London, 25. November. Die heute eröffnete Wollauktion war gut besucht bei lebhafter ausländischer Betheiligung. Feine Merino und Scoured unverändert, ordinäre Merino und Kreuzzuchten 5 Prozent billiger. Kapwolle matt, Preise unverändert. Gesamtangebot 137 000 Ballen, heute angeboten 12 489 Ballen.

Bradford, 25. November. Tendenz für Wolle zu Gunsten der Käufer. Preise unverändert, feine stetig. Mohair- und Alpaccawolle ruhig, Garne ruhig. Die Spinner sind für Mohairgarne beschäftigt; Stoffe ruhig. Das Geschäft für den Kontinent ist gedrückt.

Wasserstand.

* **Stettin**, 26. November. Im Revier 5,80 Meter = 18′ 6″.

Telegraphische Depeschen.

Brandenburg a. H., 26. November. Bei den gestern hierselbst beendeten Ergänzungswahlen der Stadtverordneten wurden die sechs sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Es ist das erste Mal, daß sozialdemokratische Vertreter in die Stadtverordneten-Versammlung kommen.

Wien, 26. November. In Folge des gestrigen Kammerbeschlusses auf Aenderung der Geschäftsordnung legte der dem deutschen Großgrundbesitz angehörige Baron Ehrenfeld seine Stelle als Schriftführer nieder. In den gestern Abend stattgefundenen Klubsitzungen der verschiedenen Obstruktionsparteien fand der Vorschlag auf Abstinenz nicht überall Anklang. Die Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen, sowie die liberalen Italiener lehnten denselben mit der Motivirung ab, beim Verbleiben im Parlament besser ihren Interessen dienen zu können. In der katholischen Volkspartei ist wegen der Aenderung der Geschäftsordnung eine vollständige Spaltung eingetreten und würden der Abgeordnete Dipauli, sowie mehrere andere Abgeordnete aus Tirol mit diesem Grunde austreten und eine separate Verbindung bilden. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses werden sämtliche Oppositionsparteien energisch Protest gegen die gesetzwidrige Aenderung der Geschäftsordnung erheben.

Ueber die geplante Parlamentswache verlautet, daß dieselbe 60 Mann stark sein soll und unter dem Befehl eines Offiziers stehe. Dieselbe wird während der Sitzungen im Parlamentsgebäude, aber nicht im Sitzungssaale anwesend sein und soll nur auf Anordnung des Präsidenten je nach Bedarf in Aktion treten.

Wien, 26. November. Die „Arbeiterzeitung“ kündigt für Montag Abend eine von den Sozialdemokraten in allen Bezirken Wiens einberufene Volksversammlung an, in welcher über die Vergewaltigung des Parlaments durch die Regierung die Arbeiter ihr Urtheil sprechen sollen.

Wien, 26. November. (Privat-Telegramm.) Im Abgeordnetenhause wiederholten sich heute furchtbare Scenen. Nachdem die Sitzung kaum eröffnet war, protestirte die Linke gegen die neue Geschäftsordnung. Präsident Abrahamowicz will die Redner der Linken nicht sprechen lassen. Die Sozialisten stürmten die Tribüne und ohrfeigten den Präsidenten. Hierauf rückten 100 Mann Sicherheitswache in den Saal ein und rissen die Sozialisten von der Präsidenten-Tribüne herab. Es entstand ein fürchterliches Chaos, an welchem sich auch die Galleriebesucher betheiligten. Unter fortwährendem Tumult ist nur ein gegenseitiger Kampf wahrnehmbar. Man befürchtet auch Studenten-Demonstrationen. Das Parlamentsgebäude und ebenso die Universität sind von einem dichten Kordon Sicherheitswachmannschaften umgeben. Das Militär ist in den Kasernen konsignirt.

Paris, 26. November. Mehrere Blätter melden, daß dem Oberst Santes, welcher im Kriegsministerium die auswärtigen Auskünfte leitete, in dem Augenblick, als der Verrath Dreyfus' entdeckt wurde, vom Bruder des Kapitäns Dreyfus 250 000 Franks angeboten worden sind, um die Sache zu unterdrücken.

Madrid, 26. November. Ministerpräsident Sagasta hat der Königin-Regentin einen Konstitutions-Entwurf für die Inseln unterbreitet.

London, 26. November. Nach der „St. James-Gazette“ wird der englische Gesandte in Konstantinopel seine Entlassung nehmen.

Die Nachrichten aus Indien lauten von Tag zu Tag beunruhigender. Mehrere der Hauptstämme haben den Unterwerfungsvorschlag des Generals Lockhart mit Herausforderung beantwortet.

„Daily Mail“ meldet aus Madrid: Die Kammern von Kuba und Portorico werden die Zolltarife im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur festsetzen.